

Bei Härtefällen wird Betrag erlassen

03.02.2011 Von Renate Häussermann

Sitzung des Schulbeirats – Elternvertreter und Schulleiter verärgert über Kreistagsbeschluss zu Schülerbeförderungskosten

Die Stadt Backnang ist nicht zuständig. Und der Schulbeirat, der sich einmal im Jahr trifft, schon gar nicht. Trotzdem waren die Schülerbeförderungskosten am Dienstagabend das große Thema in der Sitzung des Schulbeirats. Denn der Landkreis wälzt die Kosten dafür ab März auf die Eltern ab.

Von Renate Häussermann

BACKNANG. Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper sprach von einem „unglaublich komplizierten Thema“. Die Elternvertreter hingegen sehen nur, dass den Familien jetzt noch tiefer in die Tasche gegriffen wird. Eine Mutter von zwei Kindern – das eine in der Grundschule, das andere in der Förderschule – gab zu bedenken, dass mit diesem Beschluss auf sie jährliche Kosten von annähernd 800 Euro zukommen.

„Der Schock bei den Eltern war enorm“, pflichtete der geschäftsführende Schulleiter Ulrich Schielke der Mutter bei. Eltern aus Teilorten hätten keine Ausweichmöglichkeit. Eine schrittweise Erhöhung über Jahre hinweg wäre seiner Einschätzung nach besser gewesen.

Es sei „eine hohe Erhöhung für einen prozentual niedrigen Teil der Schüler“, unterstrich Nopper. In Backnang gehe es um 160 von insgesamt 5248 Schülern. Von der Härtefallregelung, auf die Astrid Szelest von der städtischen Schulverwaltung mehrmals hinwies, wären maximal 10 Prozent betroffen. Bisher war vom Landkreis die Vergünstigung unabhängig von der Bedürftigkeit der Eltern gewährt worden. Im Zuge der Sparmaßnahmen strich der Kreistag nun die Finanzierung der Schülerbeförderung und behält dafür rund 445000 Euro in der Kasse.

Nach Bekanntwerden des Beschlusses brach in Elternkreisen ein Sturm der Entrüstung los, der bis auf den heutigen Tag anhält. So war es klar, dass dieses Thema bei der Sitzung des Schulbeirats, der sich jährlich zur Beratung des Schulhaushalts trifft, angesprochen werden würde. Die Verwaltung hat die Schülerbeförderung deshalb als eigenen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt. Bewegt oder gar beschlossen werden kann damit jedoch nichts, weil die Schülerbeförderung Sache des Landkreises ist. Allerdings sitzen im Schulbeirat auch Kreisräte, allen voran OB Nopper. Seitens des Amtes für Familie, Jugend und Bildung wurde zugesagt, dass Anträge auf teilweise oder komplette Erlassung des Eigenanteils schnell und auch wohlwollend behandelt werden. Allerdings hat die Landkreisverwaltung das letzte Wort.

Ob den Kreisräten die ganze Tragweite ihres Beschlusses klar ist, bezweifelte Rektorin Ingrid Herbst von der Pestalozzischule. In der Förderschule sind 28 Prozent der Schüler von dem Beschluss betroffen. Die Rektorin ist überzeugt, dass manche auswärtige Eltern, deren Kind eigentlich die Förderschule besuchen sollte, sich aus Kostengründen für den Schulbesuch im Wohnort entscheiden werden. Das sei bedauerlich. „Die Förderschüler werden für ihr Lerndefizit bestraft“, formulierte es Elternbeiratsvorsitzende Angelika Ziegler.

Dass während der Diskussion von der Verwaltung immer wieder auf die Härtefallregelung hingewiesen wurde, ärgerte Stadträtin Ulrike Sturm (Grüne); Sozialneid nach unten werde damit geschürt.

Auch wenn der Gesamtelternbeirat Backnang am Thema dranbleiben will, wie in der Sitzung mehrfach versichert wurde, wird sich zunächst wohl nichts ändern. Das heißt: Ab 1. März werden alle Schüler im Rems-Murr-Kreis bei der Beförderung den vollen Eigenanteil in Höhe von 36,25 Euro pro Monat bezahlen. Ausgenommen sind hiervon Schüler der Grundschulförderklassen, Kinder in Schulkindergärten und Schüler an Schulen für geistig und körperlich Behinderte. Betroffen sind Grundschüler sowie Förderschüler, für die künftig dieselben Eigenanteile bezahlt werden müssen wie bereits bisher für Haupt- und Realschüler sowie für Gymnasiasten und Berufsschüler.

Dieser Artikel kommt von BKZ Online.

Die URL zu diesem Artikel lautet: <http://www.bkz-online.de/node/219245>

© Backnanger Kreiszeitung 2009, alle Rechte vorbehalten
